



Lernangebote für Schulab- brecher und Schulverweiger- er – Erfahrungen aus dem Bundesmodellprogramm „Arbeitsweltbezogene Ju- gendsozialarbeit“

Die Weigerung zur Schule zu gehen, phasenweise oder dauerhaft, ist längst keine neue Erscheinung mehr. Von Expertenseite ist man sich einig, dass das Phänomen zunimmt. Allerdings gibt es keine genauen Zahlen, obwohl es z.B. beim Deutschen Jugendinstitut ständig Nachfragen von den Medien gibt. Dabei ist meist nur die absolute Zahl von Interesse, man will wissen, wie viele Schüler/innen in Deutschland ihrer Schulpflicht nicht nachkommen. Die ersten Erhebungen dazu wurden in der PISA-Studie veröffentlicht. Nach unseren Daten gab es im Schuljahr 1999/2000 86.601 Abgänger, die vor Beendigung ihrer Vollzeitschulpflicht die Schule verlassen haben. Das teilt sich auf in 64,7 Prozent männliche und 35,3 Prozent weibliche Schüler/innen. Ich nenne hier die Absolutzahlen, weil an der relativ hohen Zahl eindrücklich deutlich wird, wie groß der Kreis derer ist, die mehr oder weniger starke Probleme mit der Schule haben, aus welchen Gründen auch immer. Ich denke, wir wissen nicht erst seit dem Erscheinen der PISA-Studie, welche Problematiken sich hieraus für die Schulen, den familiären Bereich und auch für die Gesamtgesellschaft ergeben.

Die Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. Es stellt sich die Frage, was aus diesen Jugendlichen ohne Schulabschluss wird. Aber auch die steigende Zahl von Jugendlichen, die noch schulpflichtig, aber nicht mehr bereit sind, die Schule zu besuchen, weist schon auf die Problematik hin. Schüler/innen, die sich aktiv oder passiv von der Schule verabschieden, finden keine Angebote innerhalb der Schule. Das hat nicht nur Auswirkungen auf ihr späteres berufliches Leben, sondern auch auf ihr soziales Leben. Es bestimmt, welche Ansprüche und Werte sie auch in der Privatsphäre für sich entwickeln, und ob sie die Vorstellungen von ihrem persönlichen Lebensweg überhaupt umsetzen können.

Die Regelschulen sind inzwischen auf das Problem der Schulumüdigkeit und der Schulverweigerung aufmerksam geworden. Es ist ihnen bewusst, dass dieses Phänomen nicht vereinzelt auftritt und auch nicht von alleine wieder

verschwindet. Aber in der momentanen Struktur von Schule, mit der Vielfalt an Aufgaben, die Schule zu leisten hat – und zwar für alle Kinder und Jugendliche – sind die Regelschulen nicht in der Lage, dieses Problem alleine zu bewältigen. Sie sind auf ein Hilfesystem angewiesen, und dafür bietet sich in erster Linie, gerade, wenn es um Schulverweigerung geht, die staatliche Kinder- und Jugendhilfe an.

Auf dieser Veranstaltung wurden erste Maßnahmen gegen Schulverweigerung vorgestellt, wobei Nordrhein-Westfalen federführend in der Entwicklung solcher Projekte war. Inzwischen gibt es zahlreiche Landesprogramme, an vielen Stellen werden Kooperationen aufgebaut. Ich arbeite in der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesmodellprogramms „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“. Dieses Modellprogramm ist ein weitergefasstes Programm mit dem Schwerpunkt „Integration in Schule und Berufsschule“, verknüpft wird es oft als Programm gegen Schulverweigerung dargestellt. An dieser Stelle möchte ich den Ministerien noch einmal danken, dass sie dieses Thema so früh aufgegriffen haben. Die Ausschreibung des Programms erfolgte 1997, zu einer Zeit, als das Thema Schulverweigerung längst noch nicht so präsent war wie heute. Damals war das Medieninteresse gering. Sicher leisteten auch die Projekte mit ihrer eigenen Öffentlichkeitsarbeit einen großen Beitrag dazu, dass das Problem Schulumüdigkeit und Schulverweigerung inzwischen in den öffentlichen Blickpunkt gerückt ist.

Das Bundesmodellprogramm läuft leider Ende Dezember 2002 aus. Im Moment fördert es nach vierjähriger Laufzeit acht Projekte. Davon sind vier Projekte im Osten und vier Projekte im westlichen Teil der Republik angesiedelt. Ganz allgemein geht es um die Chancenverbesserung benachteiligter Schüler/innen, ihre sozialen und beruflichen Integrationsmöglichkeiten sollen erhöht werden. Angesprochen werden Schüler/innen, die aus dem Lernprozess bereits herausgefallen sind. Sie sollen systematisch wieder an den Lernprozess herangeführt und – so war zumindest Anfangs die Zielsetzung – in die Regelschule reintegriert werden. Relativ schnell wurde klar, dass es nur mit einer Aufarbeitung schulischer Defizite nicht getan war. Den Schüler/innen mangelt es vor allem an sozialen Kompetenzen. Von daher ist die Vermittlung sozialer Kompetenzen inzwischen ein gleichrangiges Ziel wie die Wissensvermittlung.

Bei den Zielgruppen des Programms möchte ich mich auf die beiden großen Gruppen beschränken, von denen das Deutsche Jugendinstitut ausgeht. Frank Braun hat bei der Vorstellung der Studie schon einmal einen Überblick

gegeben, wer alles unter Schulverweigerung mitzubedenken ist.

Schulverweigerer lassen sich generell in aktive und passive Verweigerer unterteilen. Schulverweigerung an sich ist ein komplexes Phänomen, das Spektrum der Erscheinungsformen reicht von der Nichtteilnahme am Unterricht trotz physischer Präsenz bis hin zum anderen Extrem, der Totalverweigerung von Schüler/innen, die den Unterricht gar nicht mehr besuchen. Die Gruppe der aktiven Schulverweigerer kann noch einmal in die unterteilt werden, die den Unterricht stören, aber noch in der Schule anwesend sind und dann diejenigen, die sich ganz der Schule entziehen, erst stundenweise fehlen, dann tageweise, bis sie schließlich überhaupt nicht mehr auftauchen. Ich möchte die Vielfalt der Erscheinungsformen von Schulverweigerung noch einmal in Erinnerung rufen, damit wir den Blick nicht nur auf die aktiven Verweigerer richten. Gerade beim Tagungsthema „Schule in sozialen Brennpunkten“ halte ich es für enorm wichtig, immer auch die passiven Verweigerer mit zu bedenken. Denn für die Schule stellt sich zuerst das Problem der Schüler/innen, die sich der Schule auf verschiedene Arten passiv entziehen. Für diese Schüler/innen gibt es bisher sehr wenige Angebote, und auch in der Projektlandschaft zeichnet sich nicht viel ab, das passive Schulverweigerer ansprechen könnte.

Eine methodische Besonderheit bei den bisherigen Angeboten ist die Spezialisierung auf Zielgruppen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um große Zielgruppen, für die spezifische Angebote sinnvoll erscheinen. Mädchen und Jungen werden gesondert angesprochen, junge Mütter, Straßenkinder, Analphabeten, Aussiedler bzw. Ausländer. Es gibt für all diese Gruppen zahlreiche Projekte, weniger allerdings für Aussiedler und Ausländer. Spezielle Projekte für diese Gruppen sind auch im Bundesmodellprogramm kaum vertreten, wobei natürlich jugendliche Ausländer und Aussiedler an den Projekten teilnehmen, dort aber als Einzelfälle behandelt werden. Offenbar gibt es für diese Zielgruppe keinen spezifischen Ansatz.

Im Programm ist ein Mädchenprojekt, das einen Mädchenspezifischen Ansatz verfolgt. Die Mitarbeiterinnen lehnen es nicht grundsätzlich ab, mit Männern zu arbeiten, die jugendlichen Teilnehmerinnen werden darauf vorbereitet, auch in der Männerwelt zu bestehen. Allerdings kommen häufig Mädchen mit Gewalt- und/oder sexuellen Missbrauchserfahrungen in das Projekt. Für sie ist es eine Grundbedingung, dass sie in einer männerfreien Atmosphäre lernen können. Im Zuge der weiteren Integration zurück in die Schule und später in die Arbeitswelt sollen die Mädchen stabili-

siert werden, damit sie den Übergang in den gemischtgeschlechtliche Alltag schaffen.

Ein Projekt arbeitet mit Straßenkindern. Hier wird das klassische Konzept der Fernschule eingesetzt, weil damit Kinder und Jugendliche erreicht werden können, die sich der Schule vollkommen entzogen haben und auch nie wieder eine Schule betreten werden. In der Fernschule können sie ihr eigenes Lerntempo und den selbst Lernort bestimmen.

Im Modellprogramm sind drei grundsätzliche Ansätze der Arbeit mit Schulverweigerung vertreten: Da ist zum einen die präventive Arbeit in der Schule, wozu es leider nur ein Projekt gibt. Dann gibt es sechs Projekte, die alternative Beschulungsmöglichkeiten austesten. Und als dritten, ganz spezifischen Ansatz gibt es Fernschulen, die im Prinzip auch eine Form von alternativer Beschulung darstellen.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass die Gründe für Schulverweigerung sehr komplex sind, arbeiten die Projekte sehr umfassend mit den Jugendlichen und Kindern. Neben klassischen Nachmittagsangebote wird z.B. versucht, die Eltern mit ins Boot zu holen und über die Elternarbeit Kenntnisse über die familiären Zusammenhänge der Schulverweigerer zu erlangen. Dadurch wird die sozialpädagogischen Arbeit mit den Kindern und Jugendliche unterstützt und die Chance auf ihre soziale Integration erhöht.

Zur Beschreibung der generellen Projektpalette erwies sich die Unterscheidung in außerschulische und innerschulische Angebote als recht sinnvoll. Ich habe das noch um Angebote für spezifische Zielgruppen ergänzt, die sich natürlich mit den anderen Angeboten vermischen, aber als Besonderheit erwähnt werden sollten.

Als Beispiel für Angebote innerhalb der Schule möchte ich auf ein Projekt verweisen, das schon vorgestellt wurde, die „Kinder des Tantalus“. Dort wurde in einer Klasse eine etappenweise Unterrichtsbeobachtung durchgeführt. Das Projekt hatte seinen Sitz in der Schule, war also jederzeit für Lehrer/innen wie Schüler/innen ansprechbar. Bei den Unterrichtsbeobachtungen wurden Merkmale und Auffälligkeiten von Kommunikationsstrukturen im Klassenverband notiert, analysiert, und dann in einem zweiten Schritt mit den Lehrer/innen besprochen. Ziel war es, Schüler/innen zu identifizieren, die Probleme mit der Schule haben, sei es wegen der sozialen Kommunikationsstruktur, sei es, weil das Lerntempo für sie zu hoch ist, oder aus den unterschiedlichsten anderen Gründen.

Hier wurde mit einem präventiven Ansatz versucht, das Risiko der Schulverweigerung zu minimieren. In diesem Projekt wurde umge-

setzt, was schon mehrfach gefordert wurde, nämlich Wahrnehmung für potentielle Verweigerungen zu schärfen und frühzeitig einzugreifen. Die Unterrichtsbeobachtung startete in der 5. Klasse. Eigentlich wäre es früher noch besser, aber wenn zu diesem Zeitpunkt ein Problem erkannt wird, kann noch einiges gemacht werden.

Der präventive Ansatz an den Schulen erscheint mir sehr wichtig. Es ist sicher Konsens, dass zur Vermeidung von Schulverweigerung der Zugang zu den Schüler/innen mit Problemen möglichst früh gesucht werden muss, im Idealfall zu einem Zeitpunkt, an dem noch adäquat reagiert werden kann. Denn wenn Angebote frühzeitig erfolgen können, manifestieren sich bestimmte Verhaltensweisen nicht, es kommt erst gar nicht zur Schulverweigerung, Probleme können bearbeitet und teilweise sogar gelöst werden.

Der Prozess der Schulverweigerung geht in der Regel nicht von heute auf morgen vor sich, sondern entwickelt sich langsam. Sehr häufig folgt der passiven Verweigerung ein aktives Fernbleiben von der Schule. Die umgekehrte Entwicklung kommt auch vor, aber in der Regel ist der Weg von der passiven zur aktiven Verweigerung. Dieser Prozess könnte mit präventiven Angeboten aufgehalten werden.

Alle Projekte, die im Bereich der Prävention angesiedelt sind, arbeiten mit jüngeren Schüler/innen. So lassen sich die Projekte im Bundesmodellprogramm am einfachsten am Alter der Teilnehmer/inner unterscheiden, denn in Projekten mit außerschulischem Unterricht wird durchgehend mit älteren Schüler/innen gearbeitet.

Die meisten Projekte des Bundesprogramms arbeiten mit schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen, die die Schulpflicht noch nicht erfüllt haben. Es sind aber auch Teilnehmer/innen in den Projekten, die die Schulpflicht bereits erfüllt haben, den Schulbesuch aber noch um ein 10. oder 11. Jahr verlängern. Die meisten Projekte bieten außerschulische Lernmöglichkeiten an, was bedeutet, dass die Schüler erst einmal ihre Schule verlassen. Sie haben zwar in der Regel denselben Status wie die Schüler in ihrer Herkunftsschule, aber sie gehen nicht mehr in die Schule, sondern lernen in den Projekten unter ganz neuen Bedingungen. Projekte von alternativer Beschulung sind meist auf ältere Schüler/innen ausgerichtet, weswegen hier Betreuung in viel größerem Umfang geleistet werden muss. Die Jugendhilfe hat dafür ein viel umfangreicheres sozialpädagogisches Repertoire, weil eben neben den schulischen vor allem die sozialen Defizite aufgearbeitet werden müssen.

Die Voraussetzungen für das Gelingen von Projekten innerhalb der Schule sind schon vielfach diskutiert worden, deshalb will ich nur in zwei Punkten zusammenfassen, was mir wichtig erscheint. Zum einen muss in der Schule die Erkenntnis vorherrschen, dass es sinnvoll ist, über das bisherige Lehrangebot nachzudenken, es muss ganz generell das Interesse an einer Angebotsvielfalt oder/und an einem neuen, konkreten Angebot existieren. Zum anderen muss Kooperation mit der Jugendhilfe mehr bedeuten als nur, dass man sich über Probleme verständigt. Die gegenseitige Arbeit muss respektiert, was Schule einerseits und Jugendhilfe andererseits anzubieten haben, muss als ein ergänzendes Miteinander gesehen werden.

Eine solche kooperierende Zusammenarbeit ist für beide Professionen sehr schwierig. Die Jugendhilfe hat ein bestimmtes methodisches Repertoire und kommt damit im schulischen Alltag mehr oder weniger gut zurecht. Eine sozialpädagogische Methodik tut sich eher schwer mit den allgemeinen Lernbedingungen an Schulen, mit Lehrplänen, mit vorgegebenen Zeitbudgets und schulischen Zeittakten, die aus sozialpädagogischer Sicht völlig unverständlich scheinen. Hier ist die sozialpädagogisch arbeitende Jugendhilfe gefordert, ihre Einstellung zu überdenken und auch Verständnis für die Aufgaben der Schule zu entwickeln. Ebenso ist es für die Schule schwer, sich auf den anderen pädagogischen Ansatz der Jugendhilfe einzulassen. Eigene Handlungslogiken werden in Frage gestellt, die an der Schule praktizierte Muster und Verhalten müssen hinterfragt werden. Gleiches gilt für die Jugendhilfe, und für die Jugendlichen übrigens auch.

Zurzeit werden die außerschulischen Lernangebote des Modellprogramms besser angenommen. Das hat schlicht mit der Projektauswahl zu tun. Wenn wir in die Landschaft gucken, sprießen momentan zu diesem Thema sehr viele Projekte aus dem Boden. Für die Schulverweigerer ist diese Entwicklung sehr zu begrüßen, aber sie birgt die Gefahr, dass für jedes Problem ein neues Projekt mit einem neuen Ansatz geschaffen wird. Wir wollen keine Parallelsysteme entwickeln, nur um dann ähnlich wie in der Jugendberufshilfe vor einer unüberschaubaren Vielfalt an Angeboten zu stehen, in der keiner mehr den Überblick hat – gerade auch im Hinblick auf Fördermaßnahmen –, wie was ineinander verzahnt ist.

Es wurde viel darüber geklagt, dass die Finanzen fehlen. Ich möchte diese Klagen in eine eher inhaltliche Diskussion darüber lenken, welche Konsequenzen das Fehlen von Mitteln hat. In diesem Zusammenhang fällt oft das Wort „Beziehungsarbeit“, es wird betont, wie wichtig Kontinuität in Beziehungen ist. Aus

Geldmangel ist eine solche Kontinuität der Betreuung oft nicht gewährleistet. Das ist, denke ich, ein grundsätzliches Problem, vor dem fast alle Projekte stehen. Lehrer/innen haben normalerweise über das Schulamt unbefristete Stellen. Doch in den Projekten sind die Arbeitsverträge häufig befristet, was es schwierig macht, motivierte Lehrer/innen zu gewinnen, die nicht nur vorübergehend über Stundenkontingente in den Projekten mitarbeiten. Oft sind es Berufsanfänger, die sich relativ schnell zur Projektarbeit bereit erklären. Dabei wirkt es sich nachteilig aus, dass Berufsanfänger, wenn sie dann vom Schulamt das Angebot bekommen, ins Regelsystem einzusteigen, häufig schon bald die Schule wechseln. Unter dieser Fluktuation in der Betreuung leidet natürlich die Beziehungsarbeit zu den Jugendlichen.

Konkret ist es so, dass die Projekte in der Mehrzahl im Bereich „Übergang zum Berufseinstieg“ angesiedelt sind. Neben dem schulischen Teil – dem bildungstheoretischen Angebot sozusagen – führen viele Projekte Maßnahmen in Werkstätten durch – in einer Holzwerkstatt z.B. oder Ökowerkstatt und Garten- und Landschaftsbau. Für diese Projekte ist es besonders schwierig, geeignetes Fachpersonal zu finden. Die meisten sind in der glücklichen Lage, dass sie Mitarbeiter mit so genannter Doppelqualifikation haben. Eine ganz besonders günstige Konstellation ist es, wenn z.B. eine Lehrkraft gleichzeitig eine sozialpädagogische Ausbildung hat, und der Meister, der sie in der Holzwerkstatt anleitet, auch noch Sozialpädagoge oder Lehrer ist. Zusätzlich werden in den meisten Projekten Honorarkräfte akquiriert, vor allem für den Bereich der neuen Informationstechniken. Daneben finden auch Kurse in Hauswirtschaft, Internetschulungen, PC-Führerschein usw. statt.

In allen Projekten findet ein regelmäßiger Austausch zwischen den Mitarbeiter/innen statt, was einen wesentlichen Unterschied zum System Schule ausmacht. Gerade wenn die Mitarbeiter/innen unterschiedlichen Berufsgruppen angehören, ist es doppelt wichtig, über die Jugendlichen und die eigene Arbeit zu sprechen. Nicht im Sinne von Fallanalysen, sondern mit dem Ziel, die eigene Arbeit zu überprüfen und immer wieder in Frage zu stellen. Dagegen sind wir an den Schulen relativ häufig damit konfrontiert, dass die Lehrer/innen zu wenig zusammen über die Schüler/innen und ihre Arbeit reflektieren. Es gibt natürlich auch in der Schule sehr gut arbeitende Arbeitsgruppen, aber in diesen treffen sich häufig nur die engagierten Lehrer, die es ohnehin „nicht nötig“ hätten.

Fazit

Aus den Erfahrungen mit dem Bundesmodellprojekt „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ lassen sich folgende Ergebnisse ableiten:

In den Projekten zeigt sich durchgängig, dass die große Mehrheit der Schüler/innen bereit ist, sich tatsächlich wieder auf die Schule einzulassen. Sie arbeiten intensiv mit und stecken sich neue schulische und berufliche Ziele. Sie wünschen sich ein normales Leben. Auch wenn oft das Gegenteil angenommen wird, wollen die Schüler/innen, die in den Projekten lernen, eine normale Schule haben. Nach der Eingewöhnungsphase stellen sie durchaus Forderungen an sich selbst. Sie verlangen von den Projektmitarbeitern beispielsweise Hausaufgaben, wollen keine Sonderrolle, sondern behandelt werden wie normale Schüler/innen.

Trotz dieser Motivation sind allerdings längst nicht alle der Schüler/innen in der Lage, einen Abschluss tatsächlich auch zu schaffen. Das muss immer mitbedacht werden. Diese Einsicht wirft die Frage auf, die schon angesprochen wurde, nämlich, ob Schule nicht auch darauf vorbereiten muss, dass es ein Leben ohne Erwerbsarbeit gibt. Dabei müssen die Jugendlichen nicht auf ein ganzes Leben ohne Erwerbsarbeit vorbereitet werden, sondern darauf, dass es Phasen in ihrem Leben geben wird, in denen sie arbeitslos sind. Generell bedeutet das ein Abkommen von dieser fiktiven Normalbiografie, die den Kindern und Jugendlichen immer noch vorbildhaft dargestellt wird. Stattdessen sollte den Schüler/innen vermittelt werden, dass es in ihrem Leben Brüche geben kann, und sie sollen für diese Realität vorbereitet werden.

Die Debatte über den Stellenwert von Erwerbsarbeit wird ja auch generell geführt, wobei ich davor warnen will, hier ins Extrem zu verfallen und sich überhaupt nicht mehr auf Erwerbsarbeit zu orientieren.

Bei der Bewertung des Bundesmodellprogramms sind wir zum Ergebnis gekommen, dass es als direkte Folge der Altersstrukturen in den Projekten zum Teil nicht gelungen ist, ursprünglich gestellte Ziele einzuhalten. Viele Projekte waren anfänglich mit dem Ziel der Re-Integration der Schüler/innen in die Schule konzipiert. Fast durchgängig zeigte sich, dass die Re-Integration nur in Ausnahmefällen gelingt, und nur dann, wenn die Schüler jünger sind. Die älteren Schüler/innen hatten meist durch die Zeit im Projekt ihre Schulpflicht abgegolten und mussten schon deshalb nicht in die Herkunftsschule zurück. Allerdings wollten sie aus vielerlei Gründen auch nicht zurück. Ein Problem für die Jugendlichen ist der Altersunter-

schied zu den Schüler/innen der Klassen, denen sie zugewiesen werden würden. Sie sind meist ein, zwei Jahre älter, weil sie eventuell schon vor Beginn des Projekts sitzen geblieben waren, und nach der Zeit im Projekt nicht mehr in ihre „alten“ Klassen kommen.

Ein weiterer problematischer Punkt hängt mit der fehlenden Kontinuität in der Beziehungsarbeit zusammen. Es zeigt sich nämlich, dass für die meisten Schulverweigerer keine Nachsorge geleistet werden kann. Im Projekt sind die Jugendlichen noch ganz gut aufgehoben, aber danach stehen sie alleine da und finden den Übergang in den normalen Alltag nicht. Damit meine ich nicht, dass sie keine Bezugsperson mehr haben, die mit ihnen ihre Berufswegeplanung bespricht. Was fehlt, ist jemand, der die Jugendlichen begleitet, bis eventuell eine neue Maßnahme zum Berufseinstieg feststeht. Sehr häufig erleben die Mitarbeiter/innen, dass frühere Teilnehmer/innen im Projekt vorbeikommen, dort Fragen und berechtigterweise auch Betreuungsansprüche stellen. Eine solche Nachsorge können sich aber die Projekte wegen der fehlenden personellen Kapazitäten nicht leisten.

Ich möchte das große Thema Kooperation einmal von einer anderen Seite aufziehen: Im Bundesmodellprogramm „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ ist es gelungen, zahlreiche Kooperationen zu installieren und zu etablieren. Dabei handelt es sich zum Teil um sehr umfassende Kooperationen, zum Jugendamt, zum Schulamt, zum Arbeitsamt, zur Wirtschaft. Bei der Einrichtung der Schulmüden-Projekte sind im Prinzip alle Ämter rege vertreten, wobei die Kooperationen auf unterschiedlichstem Niveau stattfinden.

Die Präsenz der Projekte hat dazu geführt, dass die Schule der Jugendhilfe gegenüber nicht mehr so misstrauisch ist. Bei Einführung des Programms gab es Schwierigkeiten, den Projektansatz dem Schulamt bzw. den einzelnen Schulen zu vermitteln. Insgesamt kann man sagen, dass diese Vermittlung sehr gut gelungen ist. Es gibt Ausnahmen, wobei die Erfahrung zeigt, dass dabei dem Schulleiter eine sehr wichtige Rolle zukommt. An einige Orten nahmen Schulen nicht an dem Modellprogramm teil, weil der Schulleiter das Konzept nicht für erfolversprechend hielt. In so einem Fall ist es für die Jugendhilfe sehr schwierig, irgendwelche Angebote für Schulverweigerer zu unterbreiten.

Allgemein stellten wir fest, dass die meisten Kooperationen relativ lose und unverbindlich sind. Sie funktionieren aber oft trotzdem gut, weil auf beiden Seiten engagierte Fachkräfte sitzen und sich für die Sache einsetzen. Doch generell ist zu fordern, dass festere Strukturen

etabliert werden, man sich auf allen Seiten die viel beschworenen Kompetenzen vor Augen führt, gegenseitig Arbeitsfelder absteckt und daraus die gemeinsamen Nenner der Kooperation findet. Am Beispiel des präventiven Projektes an der Schule wurde deutlich, dass solch eine Kooperation oft viel Zeit braucht. Ich habe vorhin erwähnt, dass Jugendhilfe z.B. einen ganz anderen Zeitrhythmus als Schule hat. So ist das Aufeinandereinlassen oft auch ein zeitliches Problem. Man darf nicht erwarten, dass Kooperationen von heute auf morgen aufgebaut werden können. Kooperation bedeutet immer einen hohen zeitlichen und personellen Aufwand, was im Zuge der heutigen Finanzdiskussionen immer evidenter wird. In den unterschiedlichsten Arbeitskreisen wird versucht, zu verbindlichen Kooperationen zu kommen, aber im Ergebnis stoßen doch viele Projekte aus finanziellen Gründen an ihre Grenzen.